

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

So beziehen auch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerkstr. Nr. 1) und Dresden (bei G. Schurz, Neustadt, Nr. 2), die Beilagen, Nr. 1).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1 Rgr.

Deutschland.

Berlin, 10. März. In der II. Kammer kam gestern der Commissionsbericht über den Antrag des Abg. v. Vincke auf Niederlegung einer Commission zur Untersuchung der Lage des Landes zur Verhandlung und Abstimmung. Es wurde, wie wir gleich voraus bemerken wollen, der Antrag der Commission, über den v. Vincke'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, mit 228 gegen 41 Stimmen angenommen.

Abg. v. Vincke motivirt seinen Antrag. Er sprach unter Anderm: Ich bin bei meinem Antrage davon ausgegangen, daß das System der Regierung das Land in eine bedenkliche Krise gebracht habe; ich habe den Antrag begründet und die Commission hätte jedenfalls näher darauf eingehen müssen. Sie müssen mir deshalb gestatten, noch einmal näher darauf zurückzukommen. Ich glaube, es kommt wesentlich darauf an, zu prüfen, ob die Regierung die Ehre des Landes gewahrt habe und ich wende mich zunächst bei Prüfung der äußern Politik nach Schleswig und Holstein. Dort komme ich zu dem Resultat, Deutschland hat nicht vermocht, einen Theil seines Gebiets gegen den kleinen fremden Staat zu schützen und Preußen hat seinen Bundesgenossen im Stich gelassen. Soweit war uns der Stand der Dinge schon vor der Vertagung der Kammer bekannt. Seitdem ist aber noch hinzugekommen, daß man ein preussisches Armeecorps nach Holstein geschickt hat, um die Bewohner, falls sie sich der Reduction der Armee u. widersetzen sollten, niederzuwerfen, und daß man die Bedingungen für die Unterwerfung nicht innegehalten, daß man einen erheblichen Theil des Gebiets, das Kronwerk Rendsburg, dem Feinde überliefert und die Armee in Holstein nicht auf ein Drittel, sondern auf 15 Mann per Compagnie reducirt hat. In diesem Augenblicke steht am nördlichen Ufer der Elbe eine österreichische Armee von 25,000 Mann, die unsere Verbündeten, die Hansestädte und Hannover, in Schwach halten und von der Nord- und Ostsee abschneiden, und mit den Dänen ein kräftiges Angriffsbüro bilden kann. Zur innern Politik übergehend, will ich zunächst die Aufrechterhaltung des Rechts ins Auge fassen und an die Verletzung des Autontats eines Wahnsinnigen zum Erlaß eines erdrückenden Preßgesetzes erlärtern; ferner an die willkürlichen Ausweisungen, an die des Literaten Hoffmann aus dem einzigen Grunde, weil er ein Demokrat war, an die des Dr. Haym, aus dem einzigen Grunde, weil ein ministerielles Organ die Artikel seines Blattes entstellte mitgetheilt hatte. In der Rechtsfrage spielt in der auswärtigen Politik Kurhessen eine Hauptrolle. (Der Redner gibt von seinem Standpunkt aus eine Darstellung der kurhessischen Frage.) Eidestreue Beamten sind abgesetzt und jetzt ist ihnen selbst die Vertheidigung abgeschlossen. Das Wort „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ wird im Gedächtniß des Volks bleiben. Ich citire demselben gegenüber ein Wort Jakob Moser's: „Wie aber, wenn der Landesherr einem Beamten befiehlt, was wider die Verfassung ist? so soll er Gott mehr fürchten, als die Menschen und soll es ablehnen“ u. Jetzt bereitet sich auch in Kurhessen vor, was ich im Norden aufwies; Oesterreich und Bayern fassen festen Fuß in Kurhessen, man spricht schon von einer österreichisch-beyrischen Militärconvention, und so ist Alles vorbereitet, um zwischen die beiden Theile Preußens einen festen militärischen Keil zu schieben.

Ich erlaube mir, um über meine Ansicht der deutschen Dinge nicht etwa ein Mißverständnis verlanen zu lassen, sie Ihnen kurz klar zu machen. Ich sehe von allen Ansprüchen ab und habe mich stets verpflichtet gehalten, einen specifisch-preussischen Standpunkt einzunehmen, einmal, weil ich in diesem Lande lebe und zweitens, weil ich mit ein einziges Deutschland nur mit Preußen an der Spitze denken kann. Der Hr. Referent hat uns bei den Budgetberatungen selbst daran erinnert, daß Preußen eine Großmacht sei. Es ist schon einige male der Versuch der Einigung Deutschlands gemacht worden und werden seit einigen Monaten wieder dergleichen Bestrebungen begonnen. Es wird sich erweisen, ob denn wirklich Oesterreich mit seinen ganzen Staaten in den Deutschen Bund aufgenommen werde und ob wir im deutschen Parlamente erst italienische oder slavonische Sprachlehrer annehmen müssen, um uns zu verständigen; ferner ob Oesterreich nicht bloß den Vorstiz in den Verhandlungen, sondern ob es auch eine Stimmenmehrheit erhalten werde; darüber werden wir, wenn die hohe Kammer belieben sollte, einen Ausschuß zu ernennen, und wenn es die schwebenden Verhandlungen erlauben, vielleicht von der Commission Aufschluß erhalten. Wenigstens würde dem Urtheile dieses Ausschusses Das unterliegen, was bereits abgeschlossen ist, das Benehmen der Regierung gegen ihre Verbündeten in der Union. Wir haben in Erfurt das Wort des Mitglieds für Hagen

gehört, „Ein Wort Ein Mann“, wir haben das Wort des Ministerpräsidenten gehört, er werde an der deutschen Sache mit Kraft und Treue festhalten. Der Hr. Ministerpräsident kommt hier mit dem sincere et constanten in eine arge Klemme. Entweder war Das damals seine Absicht, er war in der Majorität des Cabinets; dann verstößt seine jetzige Politik gegen das Constante; oder das Mitglied für Westphalen hat Recht, der Ministerpräsident gehörte damals zur Minorität; dann möchte sein damaliges Wort gegen das Sincere verstoßen. Diese Politik, die vielmehr schon Bankrott gemacht hat, kostet dem Lande 32 Millionen; ich glaube, daß wir sie hätten billiger haben können. Ich bin überzeugt, daß das Ministerium mit Sehnsucht die Stunde erwartet, wo es seine Politik offen darlegen und vertheidigen kann; ich bin überzeugt, das Ministerium hat nur im Interesse der Kammer wider seinen Willen bei der Adresse für einfache Tagesordnung gestimmt. Aber wenn das Ministerium seine Politik vertheidigt, so möge es Dies nur nicht in Gleichnissen thun. Es sollen Gleichnisse vorgekommen sein, an denen sich seitdem alle wichtigen Köpfe und alle Diplomaten Europas abmühen, um das Goldkorn herauszufinden, was ohne Zweifel darin ist.

Meine Herren! Solange dem Ministerium die Gelegenheiten nicht gegeben ist, und solange das Ministerium die Aufklärungen nicht gegeben hat, solange bin ich überzeugt, daß der größte Theil des Landes dieselben Anschauungen wie ich hat. Der Stand der Staaten beruht auf zwei moralischen Eigenschaften, einmal auf der Achtung vor ihren Regierungen und auf dem Gemeinfinn des Volks, d. h. auf der Bereitwilligkeit des Volks, Alles zum Opfer zu bringen. Wie es um diese Eigenschaften und Anschauungen bei uns aussehe mag, brauche ich nicht zu sagen, allein Das muß ich hervorheben, daß das Volk den größten Spiegel in den Handlungen der Regierung sieht. Es liegen Momente nahe, daß uns Krisen bevorstehen; wann, Das vermag Niemand voranzusehen. Die eine Krise ist uns von Westen zugeführt worden, und wie es im Innern Frankreichs jetzt aussieht, Das vermag sich Jeder selbst zu sagen. Ich habe daran zu erinnern, daß noch eine Partei existirt, welche in der Kammer gar nicht vertreten und mit allem Dem, was hier verhandelt wird, gar nicht einverstanden ist. Ich glaube, wenn Sie sich nach Motiven umsehen, so sind diese wol zu finden, und muß die Regierung eine so feste sein, daß die Motive erhalten bleiben, die jetzt schon ausgedrückt sind in dem Rede: „Ich bin ein Preusse, kennt ihr meine Farben!“ Ich habe Zweifel ausgesprochen; ich habe das Vertrauen, sie werden vom Ministertische oder von diesem Hause aus widerlegt werden. Es ist die dringende Pflicht dieses Hauses, so traurigen Zuständen vorzubeugen. Der Bericht sagt, es sei ein unerwiesenes Axiom, daß ein Mißverhältniß zwischen Ministerium und Kammer bestehe. Dies wundert mich namentlich von Seiten des Referenten, der Mitglied der Adresscommission war, die eine Adresse entwarf, die in ihrer Fassung so scharf war, daß selbst ich und meine Freunde damit zufrieden waren. Zwei Parteien dieses Hauses haben sich über ihr Verhältniß zur Regierung ausgesprochen, die dritte, zu der der Referent gehört, hat Dies bis jetzt nicht gethan. Ich glaube, diese Partei hat die Pflicht, sich auszusprechen: Sind sie mit der Regierung einverstanden, so ist es ihre heiligste Pflicht, Dies sofort auszusprechen, um dem Ministerium größere Kraft zu geben; sind sie nicht einverstanden, so haben sie dieselbe Pflicht, Dies auszusprechen, mit uns auf Besserung zu stimmen und dem Lande seine Lage klarzumachen. An die Männer dieser Partei richte ich mich; mögen sie sich endlich aussprechen, damit sie, wenn sie in ihr Vaterland zurückkehren ihren Committenten zeigen, daß sie nicht die Gelegenheit haben vorübergehen lassen, auszusprechen, wie sie über die wichtigen, die Gegenwart bewegenden Fragen dachten. Hüthen wir uns, daß nicht die Nachwelt, die uns richtet, über uns zur Tagesordnung übergehe.

Ministerpräsident v. Manteuffel: Meine Herren! Weil ich die Ansicht der Commission darin vollkommen theile, daß der von dem Herrn Antragsteller vorgeschlagene Weg nicht geeignet ist, einen für die hohe Kammer und das Land ersprießlichen Zweck zu erreichen, muß ich es mir versagen, näher in die Debatte einzugehen, namentlich die Anklagen und Anschuldigungen speciell zurückzuweisen, welche der Herr Antragsteller auf mich gehäuft hat. So scharf und zugespitzt sie auch sein mögen, sie würgen in der That sehr leicht gegen die Schwere der Sorgen, welche anderweitig auf uns lasten. Der Vorredner scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, Aeußerungen, die ich an andern Orten und zu andern Zeiten gemacht habe, mir vorzuwerfen. Es würde mir, meine Herren, nicht schwer werden, mit gleichen Waffen zu kämpfen; es würden mir ganze Apparate von „Rechtböden“, „Mühlrädern“ u. zugebote-

nur die Deutung unterlegen, daß Oesterreich die preussischen Kammerverhandlungen mit seinen Reichstagsverhandlungen, zur Herstellung eines gerechten Dualismus, in eine Analogie gebracht wissen will.

— Die Regierung hat heute den Kammeren ein Schreiben in Betreff der Aufhebung des Emzolls zugehen lassen.

Kröffen, 5. März. Auch wir sind dem unvermeidlichen Ministerwechsel nicht entgangen. Staatsrath Schumacher und Regierungsrath Gleisner sind heutiger amtlicher Meldung zufolge „auf wiederholtes Nachsuchen“ aus dem Staatsdienste entlassen. Der Vorsitz in der Staatsregierung ist einstweilen dem Regierungsrath Winterberg neben der Direction der Angelegenheiten des fürstlichen Hauses, des Aeußern und der Justiz, die Militairsachen dem Regierungsrath Baum, Finanzen, Kirchen- und Schulsachen dem Regierungsdirector Severin übertragen. — Die Regierung hat den ständischen Beschluß wegen Verbots der Hazardspiele sanctionirt. (Hannov. Pr.)

Lübeck, 7. März. Trägt nicht Alles, so ist der politische Wind unvorhergesehen wieder umgeschlagen, denn die neuesten Anordnungen hinsichtlich der Vertheilung unserer österreichischen Gäste ist eine mehr als auffallende und ganz unerwartet eingetretene. Das ganze hier liegende Corps geht auf geradem Wege nach Böhmen zurück. Bereits heute Morgen verließ uns ein Bataillon Infanterie vom Regiment Erzherzog Albrecht, morgen wird eine andere Truppenabtheilung folgen und am 10. März sollen die letzten Oesterreicher abmarschiren. Es muß dieser Marschbefehl sehr spät hier eingetroffen sein, da selbst noch vor wenig Tagen fast jeder einzelne Soldat erfahren hatte, an welchem Orte im Holsteinischen er Quartier beziehen werde. Die hiesigen Einwohner sind durchaus nicht ärgerlich über diesen Abzug; wüßten sie nur auch, was hinterdrein kommt. Da es denn doch ganz den Anschein hat, als seien Oesterreich und Dänemark miteinander einig, so fürchtet man hier wohl auch nicht ohne Grund, es dürfte Holstein unter Umständen den Dänen preisgegeben werden. Das wäre denn das Herrlichste von Allem, die Krone der falschen Politik unfähiger preussischer Staatsmänner.

Kiel, 7. März. Die oberste Civilbehörde hat die Aufhebung des Bürgerwehrgesetzes und sämmtlicher Bürgergardien verfügt.

Wien, 7. März. Einer wiener Correspondenz des Constitutionellen Blattes aus Böhmen zufolge bedauert das österreichische Cabinet in seinem letzten Schreiben an die preussische Regierung, die stets, wenn auch in neuer Form, hervortretenden alten preussischen Oppositionsgelüste und erklärt unumwunden, gerade des gemeinsamen Wohles Deutschlands wegen, bei seinem Verlangen des ungetheilten Präsidiums verbleiben zu wollen.

— Der Lloyd soll zu einem Organe der österreichischen Kreuzzeitungspartei degradirt werden. So berichtet das Constitutionelle Blatt aus Böhmen.

— Der Magyar Hirlap will aus verlässlicher Quelle erfahren haben, daß in einer Versammlung der katholischen Bischöfe beschlossen worden sei, am Throne des Kaisers die flehentliche Bitte niederzulegen, daß nicht nur die in Haft gehaltenen katholischen Geistlichen, welche unwillkürlich in den Strudel der Bewegung mit fortgerissen wurden, sondern alle politischen Verbrecher, die noch im Kerker weilen, allernädigt amnestirt werden mögen.

— In der Agramer Zeitung vom 5. März lesen wir Folgendes: Vollkommen verlässliche Berichte von der bosnischen Grenze vom 20. Febr. stehen im gänzlichen Widerspruche mit den in einigen ausländischen, namentlich preussischen Blättern, verbreiteten Nachrichten von einer bevorstehenden Intervention österreichischer Truppen zur Unterdrückung des bosnischen Aufstandes. Unsere letzten Nachrichten schildern vielmehr die Rebellion als durch das siegreiche Vordringen der großherrlichen Truppen gebrochen. Auch hat auf österreichischem Gebiete keine Truppenbewegung stattgefunden, welche auch nur im entferntesten auf eine beabsichtigte militairische Operation schließen ließe. Wir glauben daher jene Nachrichten als vollkommen unbegründet bezeichnen zu können.

Schweiz.

Bern, 6. März. Die Regierung des Cantons Bern ist die erste, welche allen im Canton geduldeten Flüchtlingen den fernern Aufenthalt gefündigt hat. In einem heute beschlossenen Kreisreiben an sämmtliche Regierungstatthalter werden dieselben aufgefordert, alle in ihren Kreisen befindlichen Flüchtlinge vorzuladen und ihnen die neuesten Beschlüsse des Bundesraths mit dem Befehle mitzutheilen, sich für ihre baldige Abreise vorzubereiten; der Tag derselben werde ihnen von der Justiz- und Polizeidirection bekanntgemacht werden. Andere Cantone werden dem Beispiele Berns bald folgen. Die Eidgenössische Zeitung hofft, daß die Regierung von Zürich Humanitätsrücksichten geltendmachen und allen denjenigen Flüchtlingen, welche sich ruhig verhalten, das Asyl nicht verweigern werde. Von hervorragenden Persönlichkeiten befinden sich gegenwärtig dort Dr. Löwe, Simon, Rauwerk, der Compositist Wagner. (D. P. A. 3.)

Frankreich.

Paris, 7. März. Die Wahlen der Nationalgarde, welche am 25. März nach dem allgemeinen Stimmrecht ausgeschrieben werden sollen, bringen heute eine ungeheure Aufregung unter den Mitgliedern der Majorität hervor. Der Sachverhalt ist folgender: Vor einigen Monaten brachte die Regierung einen Nationalgardegesetzentwurf ein, der unter andern Beschrän-

lungen des von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetzes auch die Anwendung des beschränkten Stimmrechts auf die Wahlen bis zum Bataillonschef ausschloß, und die gänzliche Entziehung des Wahlrechts für die Offiziere vom Bataillonschef aufwärts enthielt. Das Gesetz machte böses Blut in der gesamten Nationalgarde Frankreichs. Die Generalwahlen der Nationalgardeoffiziere sollten nun am 25. März stattfinden, da die Commission aber mit dem neuen Entwurfe nicht fertig werden konnte, war man übereingekommen, die Regierung solle ein provisorisches Gesetz über Vertagung der Wahlen bis nach Vollendung des neuen Nationalgardegesetzes einbringen. Vorgestern nun eröffnete General Lauriston der betreffenden Commission, Minister Barthe habe ihm auf die zufällige Frage über dieses Vertagungsgesetz auf das bestimmteste geantwortet, die Regierung sei nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, die Generalwahlen der Nationalgarde nach dem Decrete der provisorischen Regierung doch nach dem unbeschränkten allgemeinen Stimmrechte vornehmen zu lassen. Minister Barthe, gestern vor die Commission geladen, erklärte in der That, die Regierung werde die Wahlen schon am 25. März und zwar in der bemerkten Weise ausführen lassen. Vergebens waren Bitten, Dringen, Drohen und Wäthen aller Mitglieder der Commission. Der Minister beharrte auf seinem Ausspruche. Die Commission setzte darauf dem Minister des Innern eine Frist, bis zu welcher er das Vertagungsgesetz der Wahlen einzubringen habe. Ist diese Frist abgelaufen, wird die Commission die Initiative der Vertagung ergreifen.

Im Conferenzsaale der Nationalversammlung wurde heute das Uebereinkommen getroffen, das Ministerium wegen der Nationalgarde wahlen in der morgigen Sitzung zu interpelliren.

Großbritannien.

London, 7. März.

In gut unterrichteten Kreisen versichert man heute, daß das Whigministerium ohne irgend eine Modification seiner Mitglieder vor das Parlament zu treten gedenkt. Auch im Budget sollen die Aenderungen von keiner allzu großen Bedeutung sein. Dagegen erhält sich das Gerücht, Sir Charles Wood werde in wenigen Wochen Sir Francis Baring plasmachen. Letzterer gilt als Anhänger der paper currency. Es ist aber jedenfalls vorschnell, wenn die Finanzmänner dieser Partei von der Realisirung ihrer Lieblingsidee, von der sofortigen Einführung von Staatsnoten (im Gesamtbetrage der Staatsrevenue) träumen.

— Vom Cay sind Nachrichten über einen neu ausgebrochenen Kaffernkrieg eingetroffen.

— Vor wenigen Tagen kamen aus der Türkei 240 ungarische und polnische Flüchtlinge in Liverpool an, in der Absicht, nach Amerika zu gehen. Jetzt heißt es, sie hätten diese Idee aufgegeben und wollten in England bleiben.

— Gestern sind hier zwölf Deserteure von den in Hamburg stationirten österreichischen Truppen angekommen.

Personalnachrichten.

Ordensverleihungen. Preussen. Rother Adlerorden 3. Cl. mit der Schleife: der bisherige Rentant der Obermarstall- und Generalgestützkasse Hofrath K. Stock; 4. Cl.: der Depoital- und Salarienkassenrentant K. W. Hoffmann in Neuruppin und der Geh. Regierungsrath Wuelffingh in Frankfurt a. d. O. Russland. Orden vom Weißen Adler: der preussische Generalleutnant v. Grabow. St.-Annorden 3. Cl.: der preussische Secondelieutenant Graf v. Luski.

Wissenschaft und Kunst.

W Berlin, 8. März. Auf der Bühne des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters ist jetzt: „Hohenzollern und Habsburg, oder der 18. Jan. 1701“, Intriguen-Lustspiel in drei Aufzügen von W. Menke, ein Lieblingsstück. Es ist auch in der That ein ganz unterhaltendes Lustspiel, wenn auch reich an Unwahrscheinlichkeiten; es ist eine unverkennbare Copie des „Glas Wasser“, aber matter, und ohne die Feinheit, welche Scribe eigen ist. Dafür ist „Hohenzollern und Habsburg“ in echt preussischem Patriotismus eingetaucht, welcher seine Wirkung nie verfehlt. Nachdem so viele Opposition, im Leben sowohl als auf den Brettern unterdrückt worden, ist die gegen Oesterreich noch erlaubt, und sie ist es denn auch, welche diesem Stücke seine Würze verleiht, und jedesmal ist der Applaus ein donnernder, wenn, nachdem Luise ausgerufen, sie werde sich an den Kaiser selbst wenden, um Recht zu erlangen, ihr Hr. v. Bartholdi, der Befandte des Kurfürsten von Brandenburg in mitleidigem Tone erwidert: „Mein liebes Kind! Recht! — In Oesterreich?“ Aber dasselbe Publicum, welches jedes Wort, das sich auf die preussische Intelligenz bezieht, und jeden Tadel gegen Oesterreich mit stürmischem Beifall begrüßt, es applaudirt ebenso heftig, wenn die Stelle kommt, in der es heißt, daß es noch lange dauern werde, bis sich einmal die Geschichte Deutschlands in Berlin entscheiden werden. Dieser Beifall ist insofern bemerkenswerth, als er einen klaren Blick in die allgemeine Stimmung thun läßt; denn deutlich spricht sich in ihm aus: Liebe zum Lande, wahrer vaterländischer Patriotismus, Haß gegen die Feinde Preußens, aber auch zugleich Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung. Der Haß gegen Oesterreich wird übrigens von manchen Seiten künstlich genährt, weil es Vielen am erwünschtesten ist, wenn sich die gährenden Elemente nach dieser Richtung hin ablagern. Auf sein macht es immer einen traurigen Eindruck, wenn das Volk von ein und derselben Nation so aufeinander gehetzt wird. Und die Völker sollten eigentlich alle einig sein, und statt sich in engem Particularismus abzuschließen, sich einander die Hand bieten, denn sie wollen ja im Grunde alle Dasselbe!

Es ist gewiß ein höchst eigenthümliches Zeichen der Zeit, wenn die Polizeipräsidenten, anstatt wie sonst zu gebieten, sich darauf legen zu belehren. Dies that der ehemalige Polizeipräsident v. Minutoli in der Vorlesung, welche er gestern im Wissenschaftlichen Verein in der Singakademie über die politische Lage der Mark Brandenburg, Berlins und Cöllns im Jahre 1451 hielt. Er ließ sich besonders angelegen sein, die Aehnlichkeit der damaligen

